Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 293 — Donnerstag, 23. Juni 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. [illegible] 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. [illegible] Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Aufnahme des Hoover-Vorschlages

Empörte Ablehnung in Frankreich

Paris, 23. Juni. Der Abrüstungsvorschlag Hoovers hat in Paris wie eine Bombe gewirkt und mit einem Schlag das Interesse an den Genfer Verhandlungen wieder aufleben lassen. Die allgemeine Auffassung der großen Pariser Blätter ist die, daß es sich um ein reines Wahlmanöver des amerikanischen Staatspräsidenten handle. Abgesehen von einigen Linksblättern wird der Hooversche Plan

aufs schärfste abgelehnt,

um so mehr, als er keine Versprechungen darüber enthalte, daß Amerika sich nach seiner Annahme zu Zugeständnissen in der Schuldenfrage bereiterklären werde. Pertinax bezeichnet im „Echo de Paris“ die Vorschläge als reine Wahldemagogie. Hoover stürze alles um, was in den jahrelangen Verhandlungen der Sachverständigen aufgebaut worden sei. Seine Initiative könne daher nur als eine egoistische Anstrengung gewertet werden, einmal gegebene Versprechungen wieder zurückzuziehen. „Petit Parisien“ erklärt, die Vorschläge seien derart, daß man ihnen gegenüber nur das äußerste Erstaunen zum Ausdruck bringen könne. Ihr Hauptfehler liege darin, daß sie jede Garantie und Sicherheit vermissen ließen, ebenso wie jede Kontrollmöglichkeit. Sie lehnten außerdem das einzig vernünftige Mittel einer Herabsetzung der Rüstungen ab, das in einer Verminderung der Heereshaushalte der einzelnen Staaten liege. Das „Journal“ schreibt, der erste Eindruck, den man in Genf gehabt habe, sei der,

daß nur die Unruhe stiftenden Mächte (!) sich den amerikanischen Vorschlägen angeschlossen hätten.

Diese Tatsache allein müsse genügen, um sich über ihren Wert klar zu werden. Die „Journée Industrielle“ ironisiert den ganzen Plan und erklärt, diese Methoden dürften die in Genf und Lausanne eingenommene Stellung Frankreichs in nichts ändern. „Oeuvre“ sucht vergeblich in den Vorschlägen Hoovers eine Andeutung auf die interalliierten Schulden und glaubt nicht daran, daß Amerika sich zu den Zugeständnissen bereiterklären werde, selbst wenn Frankreich den amerikanischen Plan annehme. Der sozialistische Führer Leon Blum ist von den Vorschlägen begeistert. „Mit aller Kraft“, so schreibt er im „Populaire“, „schreien wir den Männern, die Frankreich vertreten, zu, seid nicht länger halsstarrig!“

Der Sonderberichterstatter des „Journal“ rechnet aus, wie sich der Hooversche Vorschlag der 33⅓igen Abrüstung in Frankreich ziffernmäßig auswirken würde und erklärt, die französischen Effektivbestände würden von 681 000 auf 471 000 Mann zurückgehen.

„Matin“ macht ferner über

die Vorgeschichte des Hoovervorschlages

interessante Mitteilungen. Der Lausanner Sonderberichterstatter des Blattes erklärt, daß Herriot schon bei seiner Unterredung mit Gibson von dem Vorschlag unterrichtet worden sei. Gibson habe ihn gefragt, ob er etwas dagegen einzuwenden habe. Hierauf habe Herriot geantwortet: „Wie können Sie annehmen, daß ich nichts dagegen einzuwenden habe? Gerade in dem Augenblick, wo wir alle Anstrengungen machen, die Genfer Verhandlungen wieder in Fluß zu bringen, schreiten Sie ein, und Ihr Dazwischentreten dürfte die Einigung eher erschweren als erleichtern.“ Der französische Ministerpräsident habe aber dennoch strengstes Stillschweigen versprochen, und niemand in seiner Umgebung habe bis zum Mittwoch vormittag irgend etwas von der Absicht Hoovers erfahren.

Freundliche Aufnahme in London

London, 23. Juni. Die Londoner Morgenpresse ist einhellig der Meinung, daß die „kühnen und weitgehenden“ Vorschläge Hoovers der Abrüstungskonferenz zwar neuen Antrieb gegeben haben, daß aber die Aussicht auf Annahme bei dem zu erwartenden Widerstand Frankreichs nicht sehr groß ist. Der Reutervertreter in Genf erklärt sogar, daß sich nach dem allgemeinen Eindruck der amerikanischen Vorschläge als unüberwindlich erweisen werde. „News Chronicle“ betont, es sei jetzt an Frankreich, das Seine zu tun, um die Welt von dem Fluch der Rüstungslasten zu befreien. „Times“ begrüßt den Schritt des amerikanischen Präsidenten mit außerordentlicher Wärme. England könne die Vorschläge über die Landrüstungen ohne das leiseste Bedenken aufnehmen. Was die Seerüstungen betreffe, so sei natürlich genauere Prüfung notwendig. Die rechtskonservative „Morningpost“ behandelt die amerikanischen Vorschläge mit Ironie. Es sei falsche Sparsamkeit, sagt sie, die einzige Sicherheit, die gegen die Gefahren eines Krieges gegeben sei, zu verringern.

Amerika von Hoovers Vorschlag überrascht

Washington, 23. Juni. Hoovers Vorschläge zur Abrüstung waren für die amerikanischen Regierungskreise eine völlige Ueberraschung. Im Senat lösten sie teils Anerkennung, teils Kritik aus. Der demokratische Senator McKellar warf Hoover vor, daß er auf die Streichung der Kriegsschulden hinarbeite. Der bekannte Senator Borah dagegen betonte nachdrücklichst sein Einverständnis mit den Vorschlägen und erklärte, ein Mißerfolg der Abrüstungskonferenz würde eine Weltkatastrophe sein. Auch der republikanische Senator Reed erklärte seine Zustimmung zu den Hooverschen Vorschlägen.

Wie in Washington erklärt wird, hat Präsident Hoover den Vorschlag selbst entworfen. Es verlautet, die Vereinigten Staaten würden, falls der Vorschlag abgelehnt werde, gegen eine Vertagung in Genf keinen Widerstand leisten, die natürlich nicht eine Vertagung auf unbestimmte Zeit sein dürfe. Die diplomatischen Kreise neigen zu der Annahme, daß der Vorschlag Hoovers ein Mittel sei, die Vereinigten Staaten für den Fall einer Ablehnung und eines Mißerfolges der Konferenz von jeder Verantwortung zu befreien. **Sie sind auch der Meinung, daß bei einem Mißerfolg der Konferenz die Vereinigten Staaten in der Lage sein würden, jede Streichung der Schulden abzulehnen, weil in diesem Falle die Mächte sich geweigert haben würden, wirtschaftliche Heilmittel anzuwenden.**

Die Beurteilung in Berlin

Berlin, 23. Juni. Die Berliner Blätter sehen zwar allgemein in dem Vorschlag des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover eine Möglichkeit, der Genfer Abrüstungskonferenz einen neuen Auftrieb zu geben, weisen aber gleichzeitig darauf hin, daß der Plan den deutschen, im Versailler Vertrag begründeten Forderungen nicht gerecht wird. Die „Börsenzeitung“ vermißt in dem amerikanischen Vorschlag die Berücksichtigung der Tatsache, daß Deutschland, das 14 Jahre lang ungeheuerliche, ihm zu Unrecht auferlegte Opfer getragen hat, endlich wenigstens in bezug auf die Landesverteidigung als gleichberechtigt anerkannt wird. Die „Vossische Zeitung“ hebt hervor, daß die Erwartungen, die das deutsche Volk an den Hoovervorschlag knüpfe, erst voll erfüllt werden könnten, wenn es gelinge, im Laufe der kommenden Beratungen dem Grundsatz der Gleichberechtigung soweit Geltung zu verschaffen, daß in Deutschland nicht der Eindruck entstehe, auch die Amerikaner seien für die Verewigung von zweierlei Recht auf dem Gebiet der Landesverteidigung. Die „DAZ.“ sagt, der Vorschlag sei der stärkste Beitrag für Friede und Wohlstand der Welt, der seit dem Kriege geleistet worden sei. Hoffentlich gelinge es diesmal besser als bei dem Hoovermoratorium im vorigen Jahre, die französischen Widerstände zu überwinden. Die „Germania“ schreibt, Amerika habe sich mit diesen Vorschlägen in weitem Umfang abrüstungspolitisch festgelegt. Es wäre abwegig, diesen Vorstoß des Weißen Hauses lediglich mit Wahlrücksichten erklären zu wollen. Vom deutschen Standpunkt aus müsse die Initiative Hoovers auf das wärmste begrüßt werden. Der „Vorwärts“ meint, Hoover habe durch seinen Genfer Vorstoß einen deutlichen Wink an die in Lausanne versammelten Staatsmänner geben wollen. Insofern könne der Vorschlag trotz seiner ersten, etwas kühlen Aufnahme schließlich doch den weiteren Verlauf der Genfer Konferenz im Sinne eines greifbaren Ergebnisses entscheidend beeinflussen.

Nächtliche Kämpfe in den Berliner Straßen

Panzerwagen gegen kommunistische Barrikaden

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Juni. Die Reichshauptstadt hat heute wiederum eine Nacht lebhafter kommunistischer Unruhen hinter sich. In den Spätabendstunden und Nachtstunden kam es zu zahlreichen politischen Zusammenstößen, bei denen es Verletzte gab, deren Zahl allerdings nicht genau feststeht. Den gefährlichsten Unruheherd bildete gegen Mitternacht die Rostocker Straße in Moabit, wo Kommunisten sich vor einem nationalsozialistischen Lokal angesammelt hatten. Als sie von dort durch die Polizei vertrieben worden waren, löschten sie sämtliche Gaslaternen aus, warfen Müllkästen und Einrichtungsgegenstände schräg über die Straße und bauten

fünf große, etwa 1½ Meter hohe Barrikaden,

hinter denen sich die Demonstranten verschanzten. Vereinzelt wurden Schüsse abgegeben. Wenn sich die Polizei in die Straße begeben wollte, wurde sie mit einem Steinhagel empfangen. Die Polizei riegelte schließlich die völlig dunkle Straße von beiden Seiten ab. Nach Mitternacht erschienen Arbeiter mit einem Wagen der Städtischen Gaswerke, um die Laternen in Ordnung zu bringen. Der Wagen konnte jedoch nicht in die Straße einfahren und mußte umkehren. Hierauf gab die Polizei den Befehl zum

Einsatz von Panzerwagen.

In der zweiten Morgenstunde drangen drei Panzerautos, besetzt mit Schutzpolizisten, in die Rostocker Straße ein. Hierauf ergriffen die Kommunisten die Flucht und zogen sich in die Häuser zurück. Die Polizei zerstörte die Barrikaden, besetzte sämtliche Häuser und durchsuchte sie nach Demonstranten und Waffen. Indessen gelang es der Polizei nur, drei Barrikaden zu zerstören. Zweier weiterer Barrikaden, die aus Zementplatten und schweren Pflastersteinen erbaut waren, konnte sie nicht Herr werden. Sie mußte umkehren und verließ abermals die Straße, die abgeriegelt wurde.

Hierauf rückte der Janhagel der Kommunisten wieder vor, leerte auf den Barrikaden Müllkästen aus und steckte sie in Brand.

Auch in der Wittstocker Straße und in der Berlichingenstraße war die Straßenbeleuchtung zerstört, an mehreren Stellen das Straßenpflaster aufgerissen und Barrikaden quer über den Fahrdamm gebaut worden. Immer wieder mußte die Polizei eingreifen und die Barrikaden forträumen. Dabei wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Auch in Neukölln kam es zu kommunistischen Aufruhrversuchen. An zahlreichen Stellen rotteten sich Hunderte, manchmal sogar Tausende von Kommunisten zusammen, die versuchten, die nationalsozialistischen Verkehrslokale zu stürmen. Ueberfallwagen mit Scheinwerfern jagten durch die bedrohten Stadtviertel. In der Böttgerstraße, im Norden der Stadt, kam es zu einer blutigen Schlägerei.

18 Kommunisten überfielen dort drei Nationalsozialisten, die sämtlich mehr oder minder schwer verletzt wurden.

Solche Zusammenstöße wiederholten sich in fast allen Stadtvierteln. In Charlottenburg kam es zu einer Schießerei, in deren Verlauf 15 Pistolenschüsse abgegeben wurden. Unter dem Eindruck dieser systematischen kommunistischen Aufruhrversuche hat sich das Polizeipräsidium veranlaßt gesehen, die für heute von den Kommunisten geplante Demonstration im Lustgarten zu verbieten. Gegen Versuche einer etwaigen verbotswidrigen Veranstaltung der Versammlung will die Polizei mit allen Mitteln vorgehen. Die Berliner Polizei ist in erhöhten Alarmzustand versetzt. Sämtliche Bereitschaften und sämtliche Beamten der Reviere stehen zu sofortigem Einsatz zur Verfügung. Besonders ist auf die Sicherung der Bannmeile Wert gelegt worden. Sämtliches rollende Material der Schutzpolizei wird unterwegs sein.

Auch Breslau macht mit

Breslau, 23. Juni. Gestern abend kam es an einem Dutzend Stellen der Stadt gleichzeitig zu schweren politischen Ausschreitungen von Kommunisten und Sozialdemokraten gegen Stahlhelmer und Nationalsozialisten. Die Marxisten schossen und ein Stahlhelmmann erhielt einen schweren Brustschuß, ein Nationalsozialist einen schweren Unterleibsschuß. Weitere Personen wurden durch Schläge mit Knüppeln und Schlagringen erheblich verletzt. Die Polizei stellte fest, daß es sich um planmäßige kommunistische Ueberfälle handelt. Auch in der Nacht war es unruhig. Als Nationalsozialisten von einer Versammlung heimkehrten, löschten die Kommunisten in einer Straße sämtliche Laternen aus, warfen Blumentöpfe aus den Fenstern und gaben zahlreiche Schüsse ab. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter ein weiterer Nationalsozialist durch sieben Schüsse lebensgefährlich.

Frauen beteiligen sich in Siegen

Siegen, 23. Juni. Im Lauf des gestrigen Tages ereigneten sich mehrere systematische kommunistische Ueberfälle auf Nationalsozialisten. Kommunisten überfielen die Geschäftsstelle der NSDAP., zertrümmerten die Fensterscheiben und gaben zahlreiche Schüsse ab. Ein in der Geschäftsstelle tätiger SA.-Mann wurde schwer verletzt, ein weiterer SA.-Mann auf der Straße überfallen, niedergerissen und durch Messerstiche schwer verletzt. Nach dem Polizeibericht beteiligten sich an diesem Terrorakt auffallend viele Frauen. Auch hier stellte die Polizei einwandfrei fest, daß die Schuld bei den Kommunisten liegt.

Luther spricht über die Währungsfrage

Berlin, 23. Juni. Auf der morgigen Tagung des Hauptausschusses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wird der Reichsbankpräsident Dr. Luther eine eingehende Darstellung über die gesamte Wirtschaftslage geben. Dr. Luther beabsichtigt bei dieser Gelegenheit noch einmal vor aller Oeffentlichkeit seinen auch von der Reichsregierung geteilten Standpunkt zur Währungsfrage zu unterstreichen und jedes Währungsexperiment abzulehnen.